Presseinformation

23. Oktober 2003

Im Hinblick auf die Finanzausgleichsverhandlungen

Sobotka: „Hände weg von der Wohnbauförderung!“

Mitte November werden sich die Finanzreferenten der Bundesländer in Innsbruck treffen, um eine gemeinsame Linie für die kommenden Finanzausgleichsverhandlungen mit dem Bund festzulegen. Dabei wird Niederösterreich auf eine Erhöhung der Wohnbauförderungsmittel drängen. Die Wohnbauförderung sei eine wirtschaftliche und ökologische Notwendigkeit, so Sobotka. Die Signale des Bundes, Wohnbauförderungsmittel zu transferieren, seien nicht zielführend. Hier gilt für Sobotka: „Hände weg von der Wohnbauförderung!“

„Rund 40 Prozent des gesamten Bauvolumens in Niederösterreich entfallen laut einer WIFO-Studie auf den Wohnbau. Diese Investitionen sorgen für wichtige Impulse in der Bauwirtschaft und sichern jährlich bis zu 30.000 Arbeitsplätze. Die Gesamtinvestitionen, die damit in den letzten fünf Jahren ausgelöst wurden, betrugen über 7,5 Milliarden Euro“, erklärte Sobotka heute bei einer Pressekonferenz in St. Pölten. Die Wohnbauförderung sei aber auch ein wichtiges Instrument der Familien- und Sozialpolitik. Keine andere Leistung der öffentlichen Hand gehe so sehr ins Land hinein wie die Wohnbauförderung, von der Familien ebenso profitieren wie Klein- und Mittelbetriebe. Die Wohnbauförderung sei in den vergangenen Jahren auch ständig den Bedürfnissen angepasst worden. Sobotka: „Unter dem Motto ‚Näher zum Bürger, schneller zur Sache‘ wurden die Verwaltungsabläufe vereinfacht und dezentralisiert. Dazu ist die Wohnbauförderung immer mehr ökologisiert worden.“ Ziel sei es dabei, eine Senkung des Energieverbrauchs und eine Reduktion des Treibgasausstoßes zu erreichen.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at

E-Mail: presse@noel.gv.at